

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald Erste Tageszeitung des Oberamts Neuenbürg

Amtsblatt für Wildbad

mit amtlicher Fremdenliste

Erscheint Werktags

Telephon Nr. 31

Bezugspreis monatlich 80 Pfg. Durch die Post im Nachbarortsvorkehr 2.15 M. in Württemberg 2.20 M. vierteljährlich, hierzu Bestellgeld 30 Pfg.

Anzeigen 12 Pfg. von auswärts 15 Pfg. die Garmondzeile oder deren Raum. Reklame 25 Pfg. die Zeile. Bei Inseraten, wo Kostpunkt in der Expedition zu erlangen ist, wird für jedes Inserat 10 Pfg. besonders berechnet. Bei Offerten 30 Pfg.

Nr. 7

Freitag, den 10. Januar 1919

36 Jahrgang.

Der Bürgerkrieg.

Die neuesten Nachrichten aus der Reichshauptstadt lauten sehr ernst. Zwar hat sich die Meldung eines Blattes, daß der große Belagerungsstand über Berlin verhängt sei, nicht, oder noch nicht bestätigt. Die Regierung will ohne Zweifel, ehe sie zu der äußersten Maßregel schreitet, die Wirksamkeit der in großer Zahl vorauswärts herbeigerufenen Truppen abwarten. In dieser Richtung sollen umfassende Vorkehrungen getroffen sein. Eine starke Motorenabteilung aus Kiel ist bereits in Berlin angelangt; es verlautet, daß auch aus Bayern und Baden Hilfe abgefordert werde. Aber es läßt sich nicht verhehlen, daß die Lage in Berlin äußerst kritisch ist. Die Spartakisten und Unabhängigen sind wohl in der Minderheit, aber was ihnen an Zahl gebricht, ersezt sie reichlich durch Entschlossenheit und festes Draufgehen. Dabei ist nicht zu verkennen, daß sie gerade deswegen — wie es auch sonst immer zu gehen pflegt — ständigen Zuzug erhalten und ihre anfängliche zahlenmäßige Stärke, die bescheiden genug war, hat sich inzwischen vervielfacht. Die Regierung aber kann trotz der Handgreiflichkeit der Lage zu keinem festen Entschluß kommen. Ihre Bekanntmachungen, Aufrufe usw. bleiben ohne Taten. Gerade so war es bei der gestürzten alten Regierung, und wohin das schließlich geführt hat, weiß jetzt jedermann. Aber alles bräut auf die Entscheidung hin; die Erbitterung auf beiden Seiten hat den höchsten Grad erreicht, es ist jetzt vielleicht noch eine Frage von Stunden, wer die Nacht haben soll. Die Bewegung der Spartakisten hat ja schon über Berlin hinausgegriffen und die Parteigenossen in Leipzig, Halle a. S., Braunschweig, Bremen, Dortmund, Düsseldorf, Mannheim, München usw. zeigen deutlich, daß es sich um eine groß angelegte einheitliche Aktion handelt. Auch in Stuttgart steht man offen Anzeichen nach vor neuen Ereignissen.

Die Meldungen aus Berlin werden immer düsterer, da fast alle dortigen Blätter von den Spartakisten besetzt sind, die das Erscheinen der Zeitungen entweder ganz unterdrücken, oder doch nur eine solche Berichterstattung zulassen, die nicht gegen ihre Interessen ist. Das Volkische Telegraphen-Bureau, um das längere Zeit verlustreich gekämpft wurde, hat ihnen bis jetzt noch nicht wieder entzogen werden können. Wenn nicht das Haupttelegraphen- und Fernsprechanstalt im Besitz der Regierungstruppen geblieben wäre, so würde man im Reich von den Vorgängen wohl überhaupt nichts mehr erfahren. So ist es wenigstens noch möglich, die Berichte der Regierung hinauszugeben, die von Eigenberichten verschiedener Blätter im Reich ergänzt werden können. Aus ihnen ist aber zu entnehmen, daß der Bürgerkrieg vor der Tür steht.

Berlin, 9. Jan. (Frankf. Gen.-Anz.) Regierungstreue Truppen haben gestern die „Rote Fahne“, das Organ des Spartakusbundes, besetzt. Spartakisten hatten sich auf dem Hofe der Druckerei ihres Parteiblattes hinter Papierrollen verbarrikadiert, die mit Maschinengewehren besetzt waren. Nach kurzem Kampf konnten die Regierungstruppen das Volkswort nehmen und die Redaktion besetzen. Ferner wurden die Telegraphenverbindungen der Spartakusführer abgeschnitten, ebenso auch die Telefonverbindungen Liebknechts und Rosa Luxemburgs.

Die Unabhängige Sozialdemokratische Partei hat dem Berliner Polizeipräsidenten Eichhorn, der Mitglied der Unabhängigen ist, heute nacht dringlich nahegelegt, von seinem Amte freiwillig zurückzutreten, um weiteres Blutvergießen zu vermeiden. Die Stellungnahme Eichhorns ist noch nicht bekannt.

Wie eine Lokalcorrespondenz meldet, hat sich die republikanische Soldatenwehr von dem Polizeipräsidenten Eichhorn losgerissen und der Regierung 14 Kompagnien mit 3600 Mann zur Verfügung gestellt. Es hat eine Versammlung stattgefunden, in der man Eichhorns Vorgehen mißbilligte und beschloß, eine Deputation in die Reichskanzlei zu entsenden. Auch die Berliner Garnisonen haben sich unter dem Druck der zu erwartenden Fronttruppen dazu bequemt, ihre neutrale Stellung aufzugeben und sind auf die Seite der Regierung getreten. In den Kämpfen um das Reichstagsgebäude liegen noch folgende Einzelheiten vor: Die Spartakusbände versuchten, die im Reichstagsgebäude befindlichen Regierungstruppen zur Übergabe zu zwingen. Sie gingen mit Maschinengewehren, Handgranaten und Gewehren an

An die Besitzer von Sparkassen-Guthaben.

In Versammlungen und Flugblättern verlangt die Unabhängige Sozialdemokratie,

daß die

Kriegsanleihen

für wertlos erklärt werden sollen. Nun ist es Tatsache, daß während des Krieges alle Sparkassen, Lebensversicherungs-Gesellschaften usw. für die gemachten Einlagen und Prämienzahlungen nach Milliarden dafür

Deutsche Kriegsanleihen

erworben haben.

Jedes Kind weiß, daß, wenn die Kriegsanleihen für wertlos gelten sollen, dann auch alle

Sparkassen Deutschlands

zahlungsunfähig werden. Alle

Sparkassen-Einlagen

würden dann selbstverständlich ebenfalls verloren sein. Gewiß sollen reiche Leute und diejenigen, welche während des Krieges grosse Vermögen verdienten, in schärfster Weise herangezogen werden, man darf aber nicht kurzerhand alles Eigentum vernichten. Dies ist das Programm der

Deutschen demokratischen Partei;

gebe daher jeder bei den Wahlen

am 12. Januar für die württemb. Landesversammlung

am 19. Januar für die Deutsche Nationalversammlung

den Stimmzettel ab mit der Aufschrift:

„Deutsche demokratische Partei“.

das Reichstagsgebäude vor. Während des sich entwickelnden Feuergefechts wurden Handgranaten geworfen. Die Regierungstruppen erwiderten lebhaft aus den Fenstern und von dem Balkon des Reichstagsgebäudes. Es gab auf beiden Seiten Tote und Verwundete. Ein Geschütz von der Dorotheenstrasse griff in den Kampf ein.

Die Tel.-Union meldet, die Arbeiter der Groß-Berliner Wasserwerke seien in den Ausstand getreten, ein großer Teil der Stadt sei ohne Leitungswasser. In Friedenau siehe auch das Elektrizitätswerk still.

Für die Kühnheit der Spartakisten ist es bezeichnend, daß an den Anschlagssäulen am Mittwoch ein Plakat erscheinen konnte, auf dem man sieht, wie eine erlittene Volksmasse Scheidemann aufhängt. Darunter stehen die Worte: Am 10. Januar.

Die „Frankf. Nachrichten“ melden: Die Lebensmittelversorgung Berlins wird schwierig. Die Verhängung des Belagerungsstands ist nur der Vorläufer weiterer militärischer Zwangsmassnahmen der Regierung. Aus Westdeutschland kommen neue Truppen sendungen nach Berlin. Gestern mittag ist ein Jägerbataillon am Anhalterbahnhof eingetroffen. Die Spartakisten versuchten, den Bahnhof zu stürmen, um die Ausladung der Truppen zu verhindern. Es kam zu Nachmittagsgefechten, wobei es über 30 Tote und 30 Verletzte auf der Seite der Spartakisten gab. Die Junkerkantone Rauen soll gestern von Spartakisten besetzt worden sein. Die Reichsdruckerei ist von den Regierungstruppen zurückerobert worden. Am Leichterlahnhof wollten Spartakisten das Hauptgebäude erklimmen, um ankommende Hilfstruppen aus Kiel abzufangen. Die Regierungstruppen eröffneten Maschinengewehrfeuer, wobei es Tote und Verwundete gab.

Berlin, 9. Jan. Die Regierung hat 500 Studenten angeworben und bewaffnet. Die Studentenkompagnien werden von Frontsoldaten geführt. Die Zahl der

Regierungstruppen soll gestern auf 70-80000 Mann angewachsen sein. Erst nach Zusammenziehung der gesamten Nacht ist mit der Entsezung der von Spartakisten besetzten öffentlichen Gebäude zu rechnen. Die Berliner Garnisonen sind vollständig geseztberezt. Jeder Mann hat 50 Patronen erhalten. Hindenburg soll in Berlin sein. Man erwartet schon von seiner bloßen Anwesenheit einen Einfluß auf die regierungstreuen Truppen. Flieger umkreisen seit einiger Zeit die von Spartakisten besetzten Gebäude, insbesondere den „Vorwärts“.

Wie die „Deutsche Tageszeitung“ meldet, haben die Studenten der Technischen Hochschule auf Aufforderung des Gouverneurs Koste beschloßen, daß sich die Studierenden der Regierung zur Verfügung stellen sollen. Die Vorlesungen fallen aus und die Hochschule wird am 10. Januar ganz geschlossen werden.

Die Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister im Reichsschatzamt, die am 10. Januar stattfinden sollte, ist auf unbestimmte Zeit verschoben worden.

Wien, 9. Jan. Der Journalisten- und Schriftstellerverein Concordia hat der Berliner Presse seine größte Enttäuschung über die Gewalttaten gegen die Zeitungen ausgedrückt. Die Berufsgenossen aller Länder werden aufgefordert, sich dem Protest anzuschließen.

Aufruf der Regierung.

Berlin, 8. Jan. Die Regierung veröffentlicht folgenden Aufruf: Württemberg! Spartakus kämpft jetzt um die ganze Nacht. Die Regierung, die binnen 10 Tagen die freie Entscheidung des Volkes über sein eigenes Schicksal herbeiführen will, soll mit Gewalt gestützt werden. Das Volk soll nicht sprechen dürfen; seine Stimme soll unterdrückt werden. Den Erfolg habt ihr gesehen. Wo Spartakus herrscht, ist jede persönliche Freiheit und Slogerzeit aufgehoben, die Presse unterdrückt, der Verkehr lahmgelegt. Teile Berlins sind in blutigen Kämpfen verwandelt, andere sind schon ohne Wasser und Licht. Private Renten werden zurück. Die Annäherung der Soldaten und der Stillbevölkerung

runge wird unterbunden. Die Regierung trifft alle notwendigen Maßnahmen, um diese Schreckensherrschaft zu zerschlagen und ihre Wiederkehr ein für allemal zu verhindern. Einschneidende Entscheidungen werden nicht mehr lange auf sich warten lassen. Es muß aber gründliche Arbeit getan werden und diese bedarf der Vorbereitung. Nächst nur noch kurze Zeit Geduld. Seit jenseitlich, wie wir es sind und nehmen Eugen Platz einzuhalten ein für die, die Euch Freiheit und Ordnung bringen. Gewalt kann nur mit Gewalt bekämpft werden. Die organisierte Gewalt des Volkes wird der Unterdrückung und der Anarchie ein Ende machen. Teilerfolge der Feinde der Freiheit, die von ihnen in lächerlicher Weise aufgebaut werden, sind nur von vorübergehender Bedeutung. Die Stunde der Abrechnung naht!

Ludendorff in Deutschland.

Berlin, 9. Jan. (Frankf. Ber.-Anz.) General Ludendorff hielt sich bisher im Exil in Schweden mit der Regierung in Stockholm bei seinem Schwager auf. Infolge der in letzter Zeit gegen ihn gerichteten Angriffe hat er sich veranlaßt gesehen, die Regierung um die Erlaubnis zur Rückkehr nach Deutschland zu bitten. Nachdem diese Erlaubnis erteilt wurde, ist Ludendorff sofort nach Deutschland abgereist, wo er sich gegenwärtig bereits aufhält.

Leipzig, 8. Jan. Der Hauptbahnhof ist heute von Matrosen des hiesigen Ortskommandos besetzt worden, welche die Soldateneinheit ablösen. Der große Arbeiter- und Soldaterrat nahm eine Entschloßung an, in der die A- und S-Kräfte Deutschlands ersucht werden, die schleunige Vereitigung der Regierung Ober-Zehrbornmann zu fordern.

Halle a. S., 8. Jan. Wie die „Halleische Ztg.“ meldet, forderte gestern Nachmittag, wo sich die Spartakus-Landgenossenschaft fortzieht, eine große Menschenmenge vor dem Reichstagsgebäude die Herausgabe von Waffen, was aber verweigert wurde. Der Zug bewegte sich sodann vor die Reichsfeuerwache, wo er die gleiche Forderung stellte. Gegen die mit Gewalt eindringende Menge war ein Fehlschuß aus dem Gebäude eine Handgranate, wodurch drei Demonstranten getötet und vier verwundet wurden.

Neues vom Tage.

Neue Bedrückungen?

Berlin, 9. Jan. Von Marschall Joch ist beim Vorsitzenden der deutschen Waffenstillstandskommission folgendes Telegramm eingetroffen: Das Waffenstillstandsabkommen, das am 12. und 13. Dezember 1918 erneuert worden ist, läuft mit dem 17. Januar ab. Die Verlängerung bis zur Unterzeichnung des Vorfriedens hat nicht die Zustimmung der verbündeten Regierungen gefunden. Die verbündeten und die deutschen Bevollmächtigten, die die Abmachungen vom 11. Nov. und 13. Dez. getroffen, haben sich daher zu einer neuen Beratung vereinigt, um über die Verlängerung des Waffenstillstands über den 17. Jan. hinaus zu beschließen. Der Oberkommandierende der Verbündeten schlägt dem deutschen Oberkommandierenden vor, diese Zusammenkunft am 14. oder 15. Januar in Trier zu veranstalten. (Ohne Zweifel wird der Abtast des Waffenstillstands bzw. die Neuübernahme der Sonderbevollmächtigten zur Einleitung neuer Bedrückungsmaßnahmen benötigt werden.)

Nur Deutschland nicht.

Der Haushaltsausgleich des Repräsentantenhauses in Washington hat dem Erzbischofen Wilson um Zuweisung von 100 Millionen Dollars für das Hilfswerk in Europa für alle Länder mit Ausnahme von Deutschland stattgegeben. Die Vorlage wurde nun im Repräsentantenhaus eingebracht.

Polnisches.

Posen, 9. Jan. Vor einigen Tagen haben einige deutsche Flugzeuge aus Frankfurt a. Oder einen Angriff auf Posen gemacht, wobei ein Haus beschädigt wurde. Zur Vergeltung hat der polnische Vollzugsrat in Posen den kommandierenden General Bok von Polach gefangen nehmen lassen. Die Reichsregierung eruchte um dessen Freigabe, der General ist aber noch in seiner Wohnung unter polnischer Bewachung.

Katel ist von den Polen wieder genommen. Rüdlich davon wird noch gekämpft, dagegen haben die Deutschen besetzt.

Wien, 9. Jan. Der Staatsrat hat die Wahl für die Verfassungsgebende Versammlung auf den 16. Februar 1919 festgesetzt.

Die Versorgung Deutsch-Oesterreichs.

Wien, 9. Jan. Dr. Taylor gab im Namen der internationalen Lebensmittellieferanten die Erklärungen ab, daß von den Alliierten Deutsch-Oesterreich vorläufig insgesamt 24.000 Tonnen Getreide, 2000 Tonnen Fett, 750 Tonnen kondensierte Milch zur Verfügung gestellt werden. Hierin sind die bisher schon zugesagten 8000 Tonnen Getreide, welche aus Italien schon im Anrollen sind, inbegriffen. Die weitere Versorgung Deutsch-Oesterreichs wird noch im Laufe des Jahres Gegenstand der weiteren Beratungen bilden. Dann wird aber auch Oesterreich wohl in der Lage sein, die ihm von Deutschland vorschiffweise überlassenen 5000 Wagen Vieh und das Getreide zurückzuführen.

Graz, 9. Jan. Ferlach wurde von den Deutschen erklammert. Die Bevölkerung jubelte den einziehenden Truppen stürmisch zu.

Am 28. Januar wird in ganz Jugoslawien der Gregorianische Kalender eingeführt.

Anschlag auf Kramarsch.

Prag, 9. Jan. Als Ministerpräsident Dr. Kramarsch gestern um 2 Uhr sein Arbeitszimmer verließ, trat ihm auf dem Gang ein junger Mann entgegen, der einen Schuß auf Kramarsch abfeuerte. Der Ministerpräsident wurde verletzt. Der Attentäter wurde von ihm festgehalten und vom herbeieilenden Ministersekretär überwältigt. Er ist ein 26 Jahre alter Eisenbahnbediensteter Alois Stafny, der eingestand, Anarchist zu sein.

London, 9. Jan. Die „Times“ meldet aus Warschau, unter den von den Polen in den Kämpfen in den bolschewistischen gemachten Gefangenen haben sich auch deutsche Offiziere befunden. (?) Die polnische Regierung habe bereits 100.000 Mann angeworben.

Deutsche Kohlenlieferungen an Holland.

Amsterdam, 9. Jan. Seit vorgestern kommen wieder aus Deutschland Kohlen an. Vorläufig werden täglich zwei Kohlenzüge durchkommen.

Norwegen meldet sich.

London, 9. Jan. „Daily Telegraph“ meldet aus Kopenhagen, Norwegen werde von Deutschland 1 1/2 Milliarden Mark für versenkte Schiffe verlangen. Norwegen hat natürlich keinerlei Rechtsanspruch, da die Versenkungen in militärisch geschlossenen Gebiet und kriegsrechtlich erfolgt sind. Jetzt möchte eben jeder noch ein Stück vom Löwenfell an sich bringen. (D. Schr.)

Achtundentag in Dänemark.

Kopenhagen, 8. Jan. (Havas.) Der Arbeitsminister erklärte, daß die Angestellten der Staatsbahnen demnächst den Achtundentag erhalten.

London, 8. Jan. (Havas.) „Daily Telegraph“ behauptet, daß Churchill das Kriegsministerium übernimmt. Lord Milner bleibt Minister ohne Portefeuille.

London, 8. Jan. (Havas.) Die Fäler von Essex sind überdreht. Es wird befürchtet, daß die Bauern London nicht versorgen können.

Die Engländer verlassen Rußland.

Haag, 9. Jan. Die Exchange-Agentur meldet, daß die in Rußland befindlichen englischen Truppen in Stärke von etwa 20000 Mann demnächst aus dem Lande zurückgezogen werden sollen.

Lenin verhaftet?

Göteborg, 9. Jan. „Handelsstidningen“ berichtet nach Mitteilungen von Reisenden aus Moskau, Trotzki habe Lenin verhaften lassen und sich selbst zum Diktator ausgerufen. Lenin habe eine Vereinigung mit den gemäßigten Sozialisten (Menschewiki) angestrebt und der blutigen Gewaltherrschaft (Terrorismus) ein Ende machen wollen, weshalb er mit Trotzki in Widerstreit geraten sei. (Der Gegenjag zwischen den beiden bolschewistischen Führern trat schon vor einem Jahr zutage. Im übrigen ist die Meldung noch unbestätigt, wenn sie auch nicht unwahrscheinlich ist. Schon vor einem halben Jahr hieß es, daß der bekannte Mordanschlag auf Lenin von Trotzki veranlaßt worden sei. D. Schr.)

Die Selbstverwaltung Kataloniens.

Madrid, 9. Jan. Der Entwurf betr. Katalonien wird der Kammer demnächst zugehen. Die Provinz Katalonien soll Selbstverwaltung mit eigener Abgeordnetenkammer und örtlichen Ämtern erhalten. Die Gemeinderäte werden so gut wie unabhängig sein. Die Frauen sollen das Gemeindevahlrecht erhalten. Die spanische Regierung wird in Barcelona durch einen Generalgouverneur ihre Autorität ausüben lassen, die Gerichte sollen spanisch bleiben.

Amsterdam, 9. Jan. Während des letzten Zusammenkommens der Waffenstillstandskommission in Spa wies Marschall Joch seitens der alliierten Vertreter darauf hin, daß die Faltung des deutschen Oberkommandos für Polen und die baltischen Provinzen und die Tatsache, daß Munition und Material in den Händen der Bolschewisten zurückgelassen würden, den Waffenstillstandsbedingungen zuwiderläufe. Mehrere Bestimmungen sehen die Räumung in Uebereinstimmung und Hand in Hand mit den Alliierten vor. Joch fügte hinzu, daß die von den Bolschewisten verursachten Unruhen und der sich in den Alliierten interessierenden Gegenden ergebende Schaden auf die Verantwortung Deutschlands zurückfalle. Der britische Streitkräfte kommandierende Admiral rief an den in jenen Gegenden befindlichen Kommandeur der deutschen Streitkräfte Bemerkungen in diesem Sinne. Es geht das Gerücht, daß diese Mitteilung in der Form eines Ultimatums geäußert sei; doch ist es beinahe sicher, daß es sich nur um eine übertriebene Nachricht handelt. Bekanntlich hat die deutsche Regierung vor einiger Zeit die Nachricht von einem Ultimatum der Entente in der baltischen Frage für unrichtig erklärt. (D. Schr.)

Paris, 9. Jan. (Havas.) Der Unterstaatssekretär für das Flugwesen, Dumesnil, ist zurückgetreten.

Paris, 9. Jan. Wilson wird eine Reise durch das vernünftige Gebiet antreten und zu Beginn der nächsten Woche zurückkehren.

Perishing Präsidentschaftskandidat?

London, 9. Jan. Die „Times“ meldet aus New-York, daß nach Roosevelt's Tod General Perishing die meiste Aussicht als republikanischer Kandidat für die Präsidentschaftswahl im Jahre 1920 habe.

Kritische Lage der Alliierten in Nordrußland.

Paris, 9. Jan. (Havas.) Ähnlich wird mitgeteilt: Aus Archangels wird gemeldet, daß am 19. Dez. 1918 in der Gegend des Onegasees Operationen unternommen wurden. Feindliche (bolschewistische) Kolonnen am Onegasee, 50 Meilen nördlich der Stadt Onega, wurden angegriffen und geworfen. Am 1. Jan. griff der Feind unsere neuen Stellungen an; wurde jedoch mit schweren Verlusten abgewiesen. Am 4. Jan. zogen sich die alliierten Truppen in bessere Stellungen zurück, abwärts in guter Ordnung, und ohne belästigt zu werden, zurück. Am 30. 12. versuchten sie beiderseits der Stadt Ladisch am Onegasee, 37 Meilen vom Zusammenfluß dieses Stromes mit der Dwina, unsere Linien anzugreifen. Nördlich der Stadt am Onegasee, 10 Meilen die Alliierten 8 Meilen südwärts ihre Stellungen weiter. (Es scheint für die Alliierten etwas brenzlich zu stehen. D. Schr.)

Baden.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** Am Dienstag wurde bei einer Besprechung in Basel zwischen den schweizerischen und badischen Eisenbahn-, Zoll- und Militärbehörden Wiederaufnahme des Personenverkehrs von Bad. Bahnhof Basel über die Verbindungsbahn nach dem schweizerischen Bahnhof Basel beschlossen vorbehaltlich der von den zuständigen Reichs- und Landesbehörden noch zu genehmigenden besonderen Vereinbarungen über die Durchführung der Ausführverbote usw.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** Im Laufe des Krieges war eine größere Anzahl Arbeiter und Beamten aus dem Eisenbahndienst entlassen worden, weil sie sich Mundraub und dergleichen kleinere Vergehen hatten zu Schulden kommen lassen oder deswegen im Verdacht standen. Nun wurde zwischen dem Verkehrsminister und den Vertretern der Eisenbahnerorganisationen eine Einigung dahin erzielt, daß alle solche Beamten und Arbeiter wieder in den Eisenbahndienst aufgenommen werden sollen, sofern sie sich nicht an den Großen der eigenen Kollegen vergangen haben oder wegen schwerer Eigentumsvergehen am Eisenbahndienst verurteilt worden waren. Die Zustimmung der vorl. Volksregierung steht noch aus.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** Die Techn. Hochschule hat von dem Direktor der Ströbwerke in Mannheim, Dr. Wartensleben, den Betrag von 50000 Mark zur Förderung des Lehr- und Studienfaches der Heizung und Lüftung erhalten.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** Wegen schweren Diebstahls hatte sich der Mechaniker Robert Baier aus Nyrtingen vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Er hatte zusammen mit dem Goldarbeiter August Kunzmann aus Nyrtingen in einer Pforzheimer Goldwarenfabrik einen Einbruchdiebstahl verübt und Edelmetall sowie Fertigfabrikate gestohlen. Da Baier schon vorbestraft ist, erhielt er zwei Jahre Zuchthaus, während sein Helfershelfer zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt wurde.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** In der Nacht zum 2. Januar wurde aus einer Wohnung in der Eisenloherstraße mittels Einbruchs eine Anzahl Gemälde im Werte von 35-40000 Mk., sowie ein Herrenanzug und Tischwäsche gestohlen.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** (Die Schlösser als Volkshäuser.) Der badische Landeswohnungsinspektor Reg. Rat Dr. Kamppf meyer befragt in einer Abhandlung die Umwandlung der Schlösser in Volkshäuser. Je nach dem Bedürfnis der Stadt oder des Stadteils können darin Volksbibliothek, Volkshalle und sonstige Aufenthalts- und Spielräume untergebracht werden, es stünde auch Raum zur Verfügung für Arbeiterbildung, für Sprechstunden, für kleinere und größere Versammlungen, Jugendheime usw. Auch viele der bisherigen Kaserne, die Offizierskasinos, vielleicht auch noch manches überflüssige Verwaltungsgebäude sollen diesem Zweck dienlich gemacht werden.

(-) **Karlsruhe, 9. Jan.** Beim hiesigen Landgericht werden jetzt wieder, wie früher, vier Strafkammern, bis zum bisher drei, tätig sein. Der Arbeitshof wird in folgender Weise verteilt werden: die erste Strafkammer bekommt die Strafsache aus Karlsruhe-Stadt, die zweite die aus Pforzheim und dessen Vororten, die dritte die aus Baden, Ettlingen, Gernsbach, Rastatt und dem Landbezirk Pforzheim, die vierte Strafkammer aus den Vororten und den Landbezirk Karlsruhe, ferner die aus den Amtsgerichtsbezirken Bretten, Durlach, Bruchsal und Philippsburg.

(-) **Mannheim, 9. Jan.** Bei der Wahlhandlung wurde der Oberstaatsarzt a. D. Dr. Chr. Köhling von einem Schlaganfall betroffen und mit den Worten auf den Lippen: Ich bin froh, daß ich gewählt habe, verchied er.

(-) **Mannheim, 9. Jan.** Das 9jährige Kind einer hiesigen Familie wurde von einem Kohlenhauer überfahren und getötet.

(-) **Sulzbach bei Weibheim, 9. Jan.** Einem hiesigen Metzgermeister wurde nachts ein geschlachtetes Schwein aus dem Rauchfang gestohlen, das dem Metzger zum Räucherfleisch übergeben worden war. Der Täter ist bisher nicht ermittelt.

(-) **Mosbach, 9. Jan.** In Diedesheim stürzte das 6jährige Söhnchen des Landwirts Radt in den Neckar und ertrank.

(-) **Untereggigen (N. Waldshut), 9. Jan.** Beim Aussteigen aus dem noch fahrenden Zug geriet die 75jährige Witwe K. Giesele unter die Räder, wurde überfahren und getötet.

Württemberg.

(-) **Stuttgart, 9. Jan.** (Straßenlandgebungen.) Heute vormittag 10 Uhr veranstalteten die Unabhängigen und die Spartakusleute eine erneute Kundgebung auf dem Schloßplatz, wo Minister Crüpien sprach. Eine große Menschenmenge zog darauf vor das Arbeitsministerium. Minister Ludemann, der nicht anwesend war, wurde für abgesetzt erklärt. Vor dem Rathaus fand eine weitere Demonstration statt und der Rücktritt des Gemeinderats verlangt. Nachmittags 4 Uhr erneuerten sich die Kundgebungen. Die Regierung hatte den ganzen Bahnhof besetzen lassen. Kein Zug darf nach Stuttgart einfahren. Wie man hört, soll die Ankunft russischer Bolschewisten gemeldet worden sein. Der Eisenbahnerverkehr bleibt jedenfalls bis morgen früh eingestellt. Auch das Postamt und die Fernsprechzentrale, sowie das Generalkommando sind stark besetzt und Maschinengewehre verteilt. Gegen Abend wurde, wie wir hören, Minister Ludemann von den Demonstranten unter Führung Crüpiens gefangen genommen. Die Straßen sind von Menschen überfüllt, der Straßenbahnverkehr steht vielfach still.

(-) **Stuttgart, 9. Jan.** (Gegen die Wahlbehinderung.) Im Anschluß an die Mitteilung der Regierung über beabsichtigte Störungen der Wahlen zur Landesversammlung macht das Justizministerium auf die schweren Strafen aufmerksam, mit denen die Reichsgesetzgebung die Beeinflussung und Behinderung der Wahlausübung bedroht.

(-) Stuttgart, 9. Jan. (Württ. Kriegerbund.) Herzog Wilhelm zu Württemberg hat dem Präsidium des Württ. Kriegerbundes mitteilen lassen, daß er mit dem Thronverzicht auch die Schirmherrschaft über den Kriegerbund niedergelegt habe; es freue ihn jedoch, wenn er auch fernherhin als Einzelmitglied dem Württ. Kriegerbund angehöre. Das Präsidium hat darauf beschließen, Herzog Wilhelm an erster Stelle in der Mitgliederliste des Württ. Kriegerbundes zu führen.

(-) Stuttgart, 9. Jan. (Offizierbund.) Major d. V. Vogelmaier hat die Geschäfte des 1. Vorsitzenden des Württ. Offizierbundes an Oberst v. Hoff übergeben.

(-) Stuttgart, 9. Jan. (Der Fall Wilhelm.) Nach Ausbruch der Revolution wurde der hiesige Polizeikommissar Wilhelm gewaltsam seines Amtes entsetzt, was unter der Heftigkeit des Landes schärfsten Widerspruch hervorrief. Auch in der Beiprehung der Gemeindevorstände und Oberämter im Ministerium des Innern wurde gegen die Absetzung protestiert. Minister Crispian (Unabh.) gibt zu dem Fall die Erklärung ab, es handle sich um eine Angelegenheit, die der Vollzugsanspruch des Arbeiterrats mit der Gemeinde Stuttgart zu erledigen habe. Richtig sei, daß der Kommissar in den ersten Tagen der Revolution einwirken von seinem Amt entbunden wurde. Es schwebt eine Untersuchung darüber, ob und inwiefern der Kommissar an der Beseitigung politischer Akten und der Verhinderung der Haftentlassung einer Anzahl wegen politischer Handlungen verhafteter Personen beteiligt ist. Dazu komme, daß die Mehrzahl der dem Herrn Wilhelm unterstellten Beamten es ablehnte, mit ihm zu arbeiten. Schon vor längerer Zeit habe er (Crispian) auf eine telephonische Anfrage seitens der Polizeidirektion geantwortet, daß über die weitere Beschäftigung des Herrn Wilhelm eine Verständigung des Arbeiterrats und der in Betracht kommenden Beamten mit der Gemeindeverwaltung herbeigeführt werden müsse.

(-) Stuttgart, 8. Jan. (Zusammenschluß der Gemeindebeamten.) Auf Anregung des Vereins wirkt. Verwalterbeamten ist eine Arbeitsgemeinschaft von Württ. Gemeinde- und Körperschaftsbeamten gegründet worden.

(-) Cannstatt, 9. Jan. (Bestgenommene Eindrücke.) Bei einem Einbruch in einer Blumenfabrik wurden am 31. Dez. Stoffe im Wert von etwa 20 000 Mk. gestohlen. Als Täter hat die Kriminalpolizei den 42 Jahre alten Gippler Wilhelm Deyke von hier, der wegen Einbruchdiebstahls wiederholt schwer vorbestraft ist, und als Helfer den 40 Jahre alten Bordenkäufer Christian Zipperle von Malmheim ermittelt und festgenommen.

(-) Badmünz, 9. Jan. (Unzulässige Amtsenthebung.) Nach einem Beschluß des Ministeriums des Innern ist die am 2. Januar erfolgte gewaltsame Amtsenthebung des Oberamtsvorstands als unzulässig und ungültig erklärt worden.

(-) Ludwigsburg, 9. Jan. (Die Russen.) Vielfach wird in der Gegend über die russischen Gefangenen geklagt, die in letzter Zeit Orte und Felder unsicher machen und Einbrüche verüben. Verschiedene der zügellosen Burden sind dabei erwisch worden. Die nach Bismarck art herumstreichenden Daulen, die um Brot betteln, sind zu einer Plage des Bezirks geworden.

(-) Von der Enz, 9. Jan. (Tödlicher Unfall.) Dem Obersäger Kamill Raft wurden im Sägewerk Common in Brötzingen bei Pforzheim beim Auflegen eines Niemens beide Beine abgerissen. Er starb nach zwei Stunden.

(-) Von der Enz, 9. Jan. (Bestrafte Diebe.) Drei Dieber, die Goldarbeiter Jakob Hermann und Ernst Keil aus Hieselberg bei Renningen, räuberischen Keller und Gartenhäuser der Umgegend von Pforzheim aus, bis sie erfaßt wurden. Sie stahlen Wein, Sekt, Enten, Gänse, Schnaps, Fahräder, Geigen usw. Das Gericht verurteilte den Jakob Keil zu einem Jahr Gefängnis und den Hermann Keil zu 10 Monaten Gefängnis. Das Verfahren gegen Ernst Keil wurde eingestellt.

(-) Ulm, 9. Jan. (Städt. Arbeitsmarkt.) Im Dezember 1918 ist die Zahl der Arbeitssuchenden bei den meisten Berufszweigen stark gestiegen, dagegen haben sich bei vielen Stellen der verschiedensten Berufe, hauptsächlich in der Eisen- und Metallindustrie, stark verringert. Demgegenüber ist das Verhältnis der Suchmacher ein umgekehrtes; bei den täglich zunehmenden Stellenangeboten melden sich nur selten Stellenfuchende. Bei den Schreibern und Mauern überwiegt gleichfalls das Stellenangebot die Nachfrage. In der Landwirtschaft wurden Bauernknechte stark gesucht und es konnten die meisten fehlenden Arbeitskräfte durch entlassene Leute aus dem Heeresdienst ersetzt werden. Die Lage der kaufmännischen und technischen Privatangestellten hat sich nicht gebessert.

(-) Ulm, 9. Jan. (Truppeneinzug.) Vom Württ. Infanterieregiment 18 zogen gestern der Regiments- und Bataillonsstab, sowie die 2. Batterie und Kolonne 2 hier ein.

Vermischtes.

3.1.18. Mit Beginn dieses Jahres waren 10 Jahre verfloßen, seit das Postfachverfahren in Deutschland eingeführt wurde.

„Konkurrenzschilder.“ Neulich wurde verbreitet, Prinz August Wilhelm von Preußen, der vierte Sohn des Kaisers, sei in den Dienst der Automobil- und Motorenfabrik Benz & Komp. in Mannheim eingetreten. Die Firma bezeichnet nun diese Nachricht als Konkurrenzschwindel.

Der schlaue Kriegsgewinnler. In Mannheim trat ein Herr Moritz Lederer als ein besonders eifriger und radikaler Hecker auf, der an Sozialismus kaum zu überreifen war. In der Neuen bad. Landeszeit. richtete aber Herr Robert Scherer die öffentliche Aufforderung an den Kapitalistenkreiser, er solle sein durch Kriegsbetrieb vergrößertes Vermögen von über eine Million Mk. und seine sehr teure Wohnungseinrichtung bis auf 100 000 Mk., die als Omsium auch noch genug wären, für arbeitsfähige Kriegsbeschädigte herausgeben, das wäre nützlicher, als die Massen zu hängen.

Infolge Kohlenmangels sieht sich die elektrische Straßenbahn in Preußen zur zeitweiligen Einstellung des Betriebs genötigt. Sollten die Kohlenlieferungen nicht besser werden, so ist die vollständige Betriebsstillstellung zu erwarten.

Turnels Gefährdungs? Der Pariser „Matin“ berichtet, Turne habe vor seinem Tode noch eine Aussage zu Protokoll gegeben in der er sein Verbrechen des Hochverrats eingestanden habe.

Erhängen. In Frankfurt a. M. wurde ein Schömann morgens 3 Uhr bei der Verfolgung verdächtiger Personen erschossen.

Einbrüche. In Frankfurt a. M. sind in der letzten Woche, trotz des Betrains der Straße nach 11 Uhr abends verboten ist, 60 Einbrüche verübt worden.

Ehrentod. Der Arbeiter- und Soldatenrat von Hamburg-Altona hat die Aufhebung der Eheschließung der Lehrerinnen beschloßen.

Hunger in Wien. Nach dem „Leipziger Tageblatt“ ist die Lebensmittelnot in Wien so groß, daß täglich 400 bis 500 Menschen an Krankheit und Hunger sterben.

Schadenfeuer. Die große Papierfabrik Redensfelden bei Rosenheim ist teilweise abgebrannt. Der Schaden ist sehr groß. In Hallgag (Neb-Schottland) wurde das Geschäftsort der S. H. durch Feuer nahezu völlig zerstört.

Uberschwemmung in Tirol. Aus Innsbruck wird gemeldet, fortwährend Regen verursachte zum zweiten Male in diesem Jahre Verheerungen und Überschwemmungen. Im Siltau wurde die Brennerbahn an einzelnen Stellen durch Lawinen verschüttet. Der Zugverkehr ist eingestellt. Überall in den Gebirgsgegenden herrscht große Lawinengefahr. Aus Vorarlberg wird von Überschwemmungen berichtet.

Offiziersverluste. Aus dem „Militär-Wochenblatt“ Nr. 75 entnehmen wir, daß bei Kriegsbeginn die Zahl der aktiven Offiziere 19 829 betrug. Im Krieg belief sich der Zugang des aktiven Offizierskorps auf 14 525 Personen. Von diesen sind tot 12 500 und vermißt (wahrscheinlich tot) 940 Offiziere, das ist 39,2 Prozent; verwundet wurden 19 011, das ist 55,5 Prozent. Die Gesamtverluste des aktiven Offizierskorps betragen mithin 34,7 Prozent. 29 230 Offizieren des Verurlaubtenstandes bei Kriegsbeginn ist ein Zugang im Laufe von 137 700 Personen zugekommen. Hier von sind tot oder vermißt (wahrscheinlich tot) 24 124 (14,4 Prozent) und verwundet 32 339 (19,4 Prozent) Reserveoffiziere. Die Gesamtverluste betragen 33,8 Prozent.

130 Millionen Zigaretten werden jetzt den Verbrauchern in Deutschland zugeliefert. Sie lagern unter zollamtlichem Mitverschuß im Lager der Zigarettenfabrik des Oberbefehlshabers Ost in Insterburg. Sie stammen aus deutschen Herstellerunternehmen und waren zur Ausfuhr in das V.-Ost-Gebiet bestimmt. Da die Ausfuhr nunmehr möglich ist, sollen sie dem Inlande billig gelieferet werden.

Die Grippe hat nach Berichten englischer Ärzte auf der ganzen Welt etwa 8 Millionen Opfer gefordert haben.

Wer seine Wahlkarte verloren hat, kann trotzdem wählen, da er in die Wählerliste eingetragen ist. Im Interesse einer glatten Abwicklung des Wahls ist aber zu empfehlen, sich eine zweite Wahlkarte ausstellen zu lassen. Deutsche demokratische Partei.

Bauernbündlerische Kriegspolitik.

In der Landesversammlung des Bundes der Landwirte am 9. Dezember 1917 erklärte der Vorsitzende, Oekonomierat Ströbel, „daß der Bauernbund für einen guten Frieden eintrete, nicht für die Friedensbettelei vom 19. Juli 1917. Wie toll mag es in den Köpfen dieser Schwäger, Wichtigner und Gernegroßen ausgehen haben, daß sie uns ihren Verzichtfrieden zumuten konnten. Mittlerweile sind sie allerdings stiller und stiller geworden, legen es aber jetzt darauf an, in unseren inneren Fragen die Macht an sich zu reißen. Man möchte uns einen Verzichtfrieden ohne Entschädigungen aufdrängen, dafür danken wir. Wir sind die Sieger und wollen daher einen Siegfrieden!“

Solche Äußerungen waren geeignet, die Feinde zusammenzuhalten und dadurch den Krieg so lange hinauszuziehen. Gebt ihnen am Wahltag die Quittung dafür und stimmt nicht für die Kandidaten des Bauernbundes, unter denen sich auch Herr Ströbel befindet, sondern für die Kandidaten der Deutschen demokratischen Partei!!!

Die Rage aus dem Saal hat der Landesvorstand der Sozialdemokratie am 29. Dezember im Maulbronner Bränerestaurant gelassen, indem er ausführte, daß seine Partei die Durchführung der Vermögen auf den Stand von 1914 verlange. Damit ist gesagt, daß auch alle Handwerker, Landwirte, Weingärtner und Arbeiter, welche während der letzten 4 Jahre in harter Arbeit ihre früheren Schulden heimgesahen und darüber hinaus eine kleine Ersparnis machten, verpflichtet sein sollen, alles wieder herauszugeben. Dies ist nicht das Programm der Deutschen demokratischen Partei, welche diese Erwerbshände nach Recht und Billigkeit behandeln und ihnen das noch erspart wissen will. Sie fordert, daß die Kriegsgewinnler scharf angefaßt werden, daß aber nicht der Mittelstand und die kleinen Sparer rein umsonst sich angestrengt haben sollen. Wähler daher nicht die Kandidaten der Sozialdemokratie, sondern diejenigen der Deutschen demokratischen Partei!!!

Schwäbisches Volksbuch. Ein Handbülchlein für deutsche Demokraten in Württemberg. Unter diesem Titel hat die D. D. P. ein kleines Heftchen mit Aufsätzen und Aufklärungen über die Ziele demokratischer Politik im allgemeinen und der Partei im besondern herausgegeben. Das Heftchen sei jedem Freunde der Demokratie empfohlen. Es ist durch das Parteibüro zum Preise von 30 Pf. zu beziehen.

Religionsunterricht und Schule.

Von Hans Meyhing. Innerhalb der Frage der Trennung von Staat und Kirche ist das Verhältnis von Religionsunterricht und Schule einer der wichtigsten Punkte. Das Programm der Deutschen demokratischen Partei sagt hierüber: Erteilung des Religionsunterrichts im Lehrplan ohne Zwang gegenüber den Eltern der Schüler und gegenüber den Lehrern. Wir verlangen also: Freiheit des Religionsunterrichts. Man soll Eltern nicht mehr zwingen, ihre Kinder in den Religionsunterricht zu schicken. Man hat Erfahrungen gemacht, daß Eltern zu Hause über den Religionslehrer und das Gelehrte lästerten; der Lehrer erscheint als dumme, die Religion als dummes Zeug. Daß durch solch einen erschwungenen Religionsunterricht nichts Gutes gestiftet wird, liegt auf

der Hand. Im übrigen bleibt der Schule für diese Kinder wenigstens noch eine religiöse Einwirkung allgemeiner Art, deren Bedeutung in Pflege der sittlichen Grundgedanken gar nicht zu unterschätzen ist, bei Behandlung von Geschichten und Gedichten aus unserer Väter großen Leibelich mit sittlichem Grundgedanken. Man frage da nur die Lehrer, die erleben, daß die Kinder bei Behandlung solcher Stoffe ebenso warm werden wie bei solchen aus der biblischen Geschichte. Und eine Aufsicht in diesem Zustand der Seelen bringt Früchte. Aber Religionsunterricht als Lehrlasch soll gesehlich bestehen bleiben und wenn sich der Lehrer innerlich nicht für geeignet hält, soll den Geistlichen den Unterricht überlassen. Man sage und fürchte nicht, daß eine Abwanderung aus der Kirche statfinde. Diese Befürchtung ist hinfällig; denn die große Abwanderung aus der Kirche und die Entfremdung ist zur Zeit der Staatskirche eingetreten. Wir hoffen, daß es besser werden möge.

Es darf gesagt werden, daß diese Lösung die Pflege der Religion, die auch im Interesse des Staates ist, in fruchtbarer Weise möglich macht und gleichzeitig dem Gedanken der Freiheit zur praktischen Gestaltung verhilft. Wer die Zeichen der Zeit zu deuten versteht, gerade auch unter den Geistlichen, einige sich auf diesen Weg. Was später käme, könnte der Kirche und der Religion Gefahr bringen.

Wichtig für Wähler zur Landesversammlung!

- 1. Abstimmen kann nur, wer in der Wählerliste steht!
- 2. Es kann nur mit amtlichen Stimmzetteln abgestimmt werden! Nichtamtliche Stimmzettel sind ungültig!
- 3. Jeder Wähler muß sich für einen Wahlvorschlagn entscheiden und darf nur einen Stimmzettel abgeben!
- 4. Stimmzettel, denen auch nur ein Name aus einem anderen Wahlvorschlagn beigelegt ist, sind ungtültig!
- 5. Alle anderen Abänderungen bleiben unbeachtet und sind daher zwecklos.
- 6. Wer seinen Stimmzettel verloren oder vergessen hat, kann im Wahlraum von jeder Sorte einen neuen bekommen!
- 7. Früh am Tage wählen! Nachmittags möglichst nicht nach 7 Uhr zur Wahlurne kommen!

Wahlberechtigte, die sich nicht bis 2. Januar zur Aufnahme in die Listen zur Württ. Landesversammlung angemeldet haben, können die Anmeldung bis 11. Januar bei den Schultheißenämtern nachholen.

Abstimmung der Lazarettpfleglinge. Für Pfleglinge in Militär Lazaretten, die nicht in die öffentlichen Wahllokale gehen können, werden besondere Listen (Hilfslisten) aufgestellt. Am Wahltag wird eine Kommission jedem der Pfleglinge den nötigen Wahlumschlagn zu stellen, in den er hinter einem Wandschirm seinen Wahlzettel stecken kann, der sodann in eine bereitgestellte Wahlurne gelegt wird. Die nichtbenutzten Wahlzettel werden in einen Papierkorb geworfen. Die Stimmabgabe an den Beisitzer des Wahlausschlusses des betr. Bezirks erfolgt im Beisein eines Vertreters der Lazarettverwaltung und eines Vertreters der Lazarettpfleglinge. Nach beendeter Wahl wird die Hilfsliste von den drei Personen beurkundet und dem Wahlausschlagn des Bezirks übergeben.

ep. Verfassunggebende Landeskirchenversammlung. Auf 20. Januar soll die 8. Evang. Landes synode einberufen werden. Es ist ihr bereits ein Gesetzentwurf zugegangen, der die Einberufung einer aus allgemeinen Wahlen hervorgehenden Landeskirchenversammlung in Aussicht nimmt, die sich aus 82 Abgeordneten, nämlich 55 weltlichen und 26 geistlichen, die in unmittelbarem und geheimen Wahlen gewählt werden, und 1 Abgeordneten der evangel. theologischen Fakultät der Landesuniversität zusammensetzen soll. In den allgemeinen Wahlen sollen alle mindestens 25jährigen geschäftsfähigen männlichen und weiblichen Mitglieder der Landeskirche zugelassen sein, welche in Württemberg ihren Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben. Eine zeitgemäße Gestaltung der inneren Verfassung der Kirche ist in Ang. 77 genommen.

Bauern!

Keine Stimme für den Bauernbund!

In der Landesversammlung des Bundes der Landwirte erklärte am 9. Dezember 1917 der Vorsitzende, Oekonomierat Ströbel,

„daß der Bauernbund für einen guten Frieden eintrete, nicht für die Friedensbettelei vom 19. Juli 1917. Wie toll mag es in den Köpfen dieser Schwäger, Wichtigner und Gernegroßen ausgehen haben, daß sie uns ihren Verzichtfrieden zumuten konnten. Mittlerweile sind sie allerdings stiller und stiller geworden, legen es aber jetzt darauf an, in unseren inneren Fragen die Macht an sich zu reißen. Man möchte uns einen Verzichtfrieden ohne Entschädigungen aufdrängen, dafür danken wir. Wir sind die Sieger und wollen daher einen Siegfrieden.“

Solche Äußerungen waren geeignet, die Feinde zusammenzuhalten und dadurch den Krieg so lange hinauszuziehen.

Bauern! Gebt ihnen am Wahltag die Quittung dafür und stimmt nicht für die Kandidaten des Bauernbundes, unter denen sich auch Herr Ströbel befindet, sondern für die Kandidaten der

Deutschen demokratischen Partei!



Aufbauen!

In Du redlich nur das Deine,
tu's in Schwelgen und Vertrauen;
ruhe Balken, haue Steine!
Gott der Herr wird bauen!

Gebe.

Zur Landesparlamentwahl in Württemberg sind beim Wahlkommissar 9 Wahlzettel abgegeben worden und zwar in nachstehender zeitlicher Reihenfolge: 1. Unabh. Sozialdemokr., 2. Zentrum, 3. Württ. Bauernbund, 4. Württ. Weingärtner und Kleinbauern, 5. Vereinigung der Landwirte Oberschwabens, 6. Deutsche demokratische Partei, 7. Württ. sozialdem. Partei, 8. Freiwirtschaftspartei (Bauer Anapp-Kemmler), 9. Württ. Bürgerpartei. Die Zahl der Wahlberechtigten in Württemberg beträgt 1.483.000 oder das 2,7fache der Zahl bei der Reichstagswahl von 1912. In Stuttgart sind es rund 200.000 Wähler und Wählerinnen (über 179.000 Zivil und 11.000 Garnisonangehörige), in Ulm 59.000 Wahlberechtigte einschl. Garnison. Es werden 13 1/2 Millionen Stimmzettel in 1 1/2 Millionen Umschlägen zur Verteilung gebracht.

Zur Wahlbewegung. Der Württ. Bauern- und Weingärtnerverein hat seine beiden Wahlvorschläge eingereicht. Der eine trägt das Kennwort Württ. Bauernbund und enthält 45 Namen, der andere läuft auf den Namen: Württ. Weingärtnerbund und Kleinbauern und enthält 20 Namen. Der Verein der Landwirte Oberschwabens haben einen Wahlvorschlag mit acht Namen eingereicht. Alle drei Wahlvorschläge sind miteinander verbunden. Es sind unter den Vorgelegenen auch zwei Frauen: Frau Gutsbeißer Genter-Risch und Frau Julie Schrempf, die Tochter des früheren Abg. Friedr. Schrempf-Stuttgart.

Die württ. Eisenbahnverwaltung wird für das Jahr 1919 80 Lokomotiven und 1370 Wagen mit einem Aufwand von etwa 32 Mill. Mark neu beschaffen. Die Hälfte davon ist bereits und zwar fast ausschließlich an württ. Firmen vergeben, wobei auch industrielle Betriebe, die nicht ganze Fahrzeuge liefern können, mit Teilaufträgen bedacht wurden. (Zu Baden werden solche Teillieferungen auch an Handwerkervereinigungen vergeben.)

Druckpapier. Wie wir erfahren, wird die letzte Verordnung zur Einschränkung des Papierverbrauchs der Tageszeitungen in diesen Tagen aufgehoben werden und die alte Kontingentierung mit einem Abzug von 15 v. H. wieder in Kraft gesetzt werden. Der Abzug von 15 v. H. den sich alle Zeitungen, mit Ausnahme der ganz kleinen, die ihr volles Kontingent weiter bekommen, gefallen lassen müssen, ist vorläufig noch eine zwingende Notwendigkeit.

Russische Zustände.

Die in Kiew erscheinende Fachzeitschrift „Znanost'“ schreibt in ihrer Nummer 10 vom 4. 1. 18:

„In letzter Zeit aus Moskau in der Ukraine eingetroffene Industrielle wissen über die Lage in den sozialisierten Betrieben in Sowjet-Russland bemerkenswerte Einzelheiten zu berichten... Die Volkswirtschaftsstände üben eine strenge Aufsicht über die Arbeiterdirektoren der Fabriken aus. Sie achten hauptsächlich darauf, daß nur (in bolschewistischem Sinne) zuverlässige und ergebene Leute in die Arbeiterdirektoren gewählt werden. Diese letzteren verfügen über den Besitz der Fabrik an Vermitteln und Vermögenswerten. Wenn das Fabrikomitee (Arbeiterdirektorium) den Wunsch hegt, das Unternehmen für die Zukunft zu erhalten, so wird Fabrikrichtung und -vermögen schonend behandelt. In der Mehrzahl der Fälle wird es aber verschleudert, veruntreut oder sonstwie geschädigt. Die Vorräte an Rohstoffen verschwinden, der Erlös aus den verarbeiteten Rohstoffen wird in Gestalt von Extradividenden unter die Arbeiter verteilt. Ueberhaupt die Ausschüttung von „Dividenden“ an die Arbeiter eine häufige und allgemein beliebte Erscheinung in den Fabriken Sowjet-Russlands. Um eine solche zu erzwingen, beantragen die Arbeiter die Einberufung einer sogenannten „Generalversammlung“ der Arbeiter und beschließen die Ausschüttung der „Dividende“. In einzelnen Fäl-

len ist die Dividende bereits für das ganze laufende Jahr im voraus verteilt worden. Der freie Handel mit Rohstoffen ist verboten. Sämtliche Rohstoffe werden vom Volkswirtschaftsrat kontrolliert und an die Fabriken geliefert. Fabriken, deren Arbeiter der Sowjetgewalt nicht genügend ergeben sind für gegenrevolutionäre Strömungen zugänglich sind, erhalten oftmals nicht die erforderliche Menge an Rohstoffen und sind daher genötigt, die Produktion einzuschränken. Durch solche Mittel erzwingt sich die Sowjetregierung die Befähigung der Arbeiter kommunistischen Anforderungen gegenüber.

Der Handel unterliegt folsch drückenden Bestimmungen, daß er ebenfalls eine schwere Krise durchlebt. Aus Furcht vor Denunziationen bei der außerordentlichen Kommission zur Bekämpfung der Gegenrevolution und Spekulation“, die zumeist die Gefahr, erschossen zu werden, nach sich ziehen, hat die Kaufmannschaft so gut wie aufgehört, Handelsbetriebe zu betreiben. Die Arbeiterdirektoren sind ihrerseits nicht in der Lage, den Betrieb und Verkauf der Fabrikate zu organisieren. Deshalb kommt es häufig vor, daß die Arbeiter ihre Löhning anstatt in Geld in Fabrikzeugnissen erhalten, damit sie diese gegen Lebensmittel eintauschen. Zahlreiche Industriezweige verfügen gegenwärtig über beträchtliche Vorräte an verarbeitetem Material, das mangels einer entsprechenden Verkaufsorganisation nicht auf den Markt gelangen kann.

Solchen Zuständen wollen die Deutschen Bolschewisten, wie Spartakusleute und Unabhängige Sozialdemokratie uns entgegenreiben!



Das zerschossene Hauptportal des Berliner Schlosses!

Schulknaben als Kriegsteilnehmer. Auf den Kriegschaulägen des Balkans wurden verschiedentlich auch dreizehn- bis vierzehnjährige Knaben bemerkt, die sich in Ungarn den deutschen Truppen angeschlossen hatten und als Überbringer usw. Verwendung fanden. Die Jungen machten alle Entbehrungen und Leiden der Soldaten in Serbien und Mazedonien mit. Sie befanden sich bei der Bagage, so daß sie nicht unmittelbar am Kampf beteiligt waren. Auf dem Rückmarsche kehrten sie wieder nach ihrer Heimat zurück. Von einem dreizehnjährigen Argonmentknaben wird aus dem oldenburgischen Orte Appen berichtet. Der dreizehn Jahre alte Sohn Dietrich des Hausflachters Jansen von dort kehrte dieser Tage aus dem Felde zurück. Der Junge hatte seine Dienst-

stelle, die ihm nicht zwangte, verlassen, war zu Fuß über Oldenburg gegangen und hatte sich einer Kompanie des Infanterie-Regiments 91 angeschlossen, das nach dem Argonmentalsold austrückte. Er blieb ein Vierteljahr in der Truppe, die ihm auch Kleider verschaffte. Der jugendliche Abenteuerer machte den ganzen Rückmarsch mit und traf dieser Tage in seinem Heimatdorf wieder ein.

Deutsche Demokratische Partei

Programme, Beitrittsklärungen

schriftlich und mündlich
Auskunft usw., bei der Geschäftsstelle
STUTTGART, Kl. Königsstraße 7, II. Stock.

Fernsprecher 3840 und 10 788.

Postfachkonto: STUTTGART Nr. 2501.

Gestohlene

und unrechtmässig erworbene

Bekleidungsstücke der Heeresverwaltung
schänden den Träger und den
deutschen Namen.

Reichsverwertungsamt, Berlin W 8,
Friedrichstrasse 66

Evang. Jünglingsverein. Freitag, 10. Januar
abends 8 Uhr Spiel und Bibelfunde.
Sonntag, 12. Jan. nachm. 4 Uhr Vereinsstunde.

Für die, unter dieser Rubrik stehenden Artikel übernimmt die Redaktion nur die pressgesetzliche Verantwortung.

Eingefandt. In Nr. 6 des Freien Schwarzwälders kam ein mit a unterzeichneter Bericht über die Versammlung der württ. Bürgerpartei am 7. Januar, dessen stark gefälschte Berichterstattung eine Erwiderung verlangt. Entweder war der Herr Berichterhalter gar nicht in der Turnhalle, oder aber ist es nur eine verzweifelte, für die Genseit echt erziehende Kampfesweise! Den erwidern konnte aufhebend die „Rosa“ Partei auf die trefflichen Ausführungen des Herrn Böh nichtis. Drum Dreht man jetzt einfach die Tatsachen gänzlich herum und häuft Blige auf Blige; und das nur um die Verlegenheit zu deden, in die die linken Parteien durch den Redner gebracht wurden. Wahrheit können eben manche Leute auch recht schlecht ertragen. Gewiß, die Bilder (der Berichterhalter nennt es bezeichnenderweise „unangebrachte Spässe“) des Redners — z. B. die Judenparade — waren nicht dazu angetan, das Vertrauen in die demokratische Partei zu stärken. Uebrigens „Fidel“ wickelt auch Hr. „a“ in seinem Bericht, wenn er zwei trefflich gewählte Bilder untereinander bringt und von einem zu „brennenden“ Staatschiff spricht. Oder soll man etwas anderes annehmen?

Daß aber der Bericht eine persönliche Anempfehlung einer Frau enthält, die sich mutig zur Bürgerpartei bekennet das bezeichnet am treffendsten den Geist des Herrn Schreibers. Freiheit steht auf dem Programm der linken Parteien — aber nur für ihre Mitglieder, heileibe und ja nicht für Andersgestimmte. Diese werden durchgehauen, geschitet und drangsalziert. Ja, das ist Freiheit!

Daraufhin muß doch jeder besonnene Bürger erkennen, wie es mit den Verprechungen der Linken aussieht. Statt Freiheit Terrorismus und Diktatur, statt offene, ehrliche Kampfesweise Entstellung und fälschliche Verdrückung.

Versammlung. Auf die heute abend 7 Uhr in der Turnhalle von den Sozialdemokraten veranstaltete Versammlung in der Herr Gemeinderat Wasner aus Stuttgart sprechen wird, weisen wir hin.

Druck und Verlag der B. Hofmann'schen Buchdruckerei
in Wiltshab Verantwortlich: E. Reinhardt daselbst

Erwerbslosenfürsorge.

Auf die im Enztäler Nr. 3 erschienene Bekanntmachung des Oberamts Neuenbürg vom 31. Dez. 1918 über Erwerbslosenfürsorge wird hingewiesen. Mit Wirkung vom 1. Jan. 1919 wurde damit auch für den Bezirk Neuenbürg eine Erwerbslosenfürsorge eingerichtet.

Auf folgende Bestimmungen wird besonders aufmerksam gemacht:

1. die Unterstützung wird erst vom 7. Tag an nach Eintritt der Erwerbslosigkeit und der ersten Meldung und nur an eigenartigen Erwerbslosen gewährt, die mindestens 3 Monate vor Eintritt der Erwerbslosigkeit im Bezirk gewohnt haben. Für Kriegsteilnehmer gelten diese Wartezeiten nicht.
2. nur arbeitsfähige, a. berufswillige und bedürftige Erwerbslose haben Anspruch auf Fürsorge.
3. Die Unterstützungsempfänger haben sich täglich und persönlich bei der Fürsorgestelle (Stadt, Lebensmittelamt) vormittags zwischen 11—12 Uhr zu melden. Wer sich nicht meldet, erhält für den betr. Tag keine Unterstützung. Dies trifft auch für die etwa halbn-Arbeiterinnen der früheren Zigarettenfabrik zu.
4. Erwerbslose haben die ihnen von der Fürsorge zugewiesene Arbeit zu übernehmen, andernfalls gehen sie der Unterstützung verlustig.

Die Fürsorgestelle für Erwerbslose befindet sich im Stadt, Lebensmittelamt (alte Schule.) Mit der Fürsorgestelle ist eine Arbeitsvermittlung verbunden. Arbeitgeber, welche männliche und weibliche Arbeitskräfte brauchen, können sich dort melden.

Wiltshab, den 9. Januar 1919.

Stadtschultheißenamt: Bägner.

Schweinesett- Abgabe,

Montag, den 13. ds. für Nr. 1—500
Dienstag, den 14. ds. für Nr. 501—Schluß
je von vorm. 9 Uhr bis nachm. 4 Uhr, auf dem Lebensmittelamt.

Es erhalten Erwachsene 20 gr., Kinder 10 gr. je auf Vorzeigen der A-scharte zum Preise von 13 1/2 für 20 gr. Kleingeld ist mitzubringen.

Stadt, Lebensmittelamt Wiltshab

Am Samstag, den 11. Januar 1919
vorm. 9 Uhr kommen auf dem Rathaus
31 St. Bau und Hagstangen
gegen Barzahlung zum öffentl. Verkauf.
Wiltshab, 10. Januar 1919. Stadtyflege.

Mündner-Flaschenbier
Wegel Rennbachbrauerei.

Breitwieser's Unterbadischer
Kunst-Most-Kusaß

mit Glühstoff

gibt ein alkoholfreies Hausgetränk mit ähnlichem Geschmack wie Apfelsaft zu haben bei:

Carl Willy Gott.

Seidenstoffe

reichste Auswahl
einfarbig, kariert, gestreift und bedruckt
in allen Wearten und Farben
von N 9 — per Meter bis N 60

Faserstoffe

Kleider, Schürzen und Vorhänge
Kragen, Manschetten, Cravatten.

Farbige Schürzen etc.
Phil. Bosh, Wiltshab.

Um Heizungsmaterial zu sparen ist mein Geschäft bis auf weiteres nur, Donnerstag, Freitag und Samstag geöffnet, die übrigen Werkstage und Sonntags geschlossen.

Ev. Sirendor.
Heute abend 1/8 Uhr
Singstunde

Verloren.
Sing am Mittwoch abend
in der Turnhalle ein
Spitzen Shawl
Abzugeben gegen Belohnung
in der Exped. [210]

Zu kaufen gesucht.
In der Eisellklinge wird
ein Aker zu kaufen gesucht.
Robert Haag.

Gutes
Summiband
für Stromofbänder wieder eingetroffen bei
H. Bieringer

Kautschuk-
Stempel
empfiehlt
G. P. Hoff.

